

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., jährlich 30 Mk. — Abbestellung bis 15 Tage vor Schluss der Abrechnung. — Abrechnung nach dem Ende des Monats. — Abrechnung nach dem Ende des Monats. — Abrechnung nach dem Ende des Monats. — Abrechnung nach dem Ende des Monats.

Abzugspreis: die Spaltenreihenweise 20 Goldpfennig, die Spaltenreihenweise der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die Spaltenreihenweise im täglichen Teile 100 Goldpfennig. Nachverlangungsbefreiung 20 Goldpfennig. Sonstige und Besondere Abrechnungen werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Abrechnung nach dem Ende des Monats. — Abrechnung nach dem Ende des Monats. — Abrechnung nach dem Ende des Monats. — Abrechnung nach dem Ende des Monats.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meissen.

Nr. 57. — 84. Jahrgang. — Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonntag den 8. März 1925

Ein englischer Sicherheitsplan. Chamberlain in Paris.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
London, 7. März. In politischen Kreisen wurde erklärt, daß Chamberlain in Genf keine Vorschläge machen werde, die darauf abzielen könnten, einen Ersatz für das Genfer Protokoll zu schaffen. Der Evening Standard meint allerdings, daß es wahrscheinlich sei, daß Chamberlain dem Völkerbundsrat erklären werde, daß die englische Regierung mit Zustimmung der Dominions bereit wäre, in relativ kurzer Zeit einen Plan vorzulegen, der einerseits den Sicherheitswünschen Frankreichs entsprechen würde, und der andererseits dazu bestimmt wäre, den Frieden in Mitteleuropa aufrecht zu erhalten. Der Evening Standard macht darauf aufmerksam, daß es zum ersten Male geschehen werde, daß ein englischer Staatssekretär für Aussenwesens Präsident der Beratungen des Völkerbundsrates sein werde. Das Blatt erwähnt schließlich, daß Chamberlain ungefähr eine Woche von London abwesend sein werde.

Das deutsche Sicherheitsangebot.

Eine Rede Chamberlains im Unterhaus.
Der englische Außenminister Chamberlain, der am Sonnabend in Paris eintrifft, wo er mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot eine Zusammenkunft hat, gab im englischen Unterhaus vor seiner Abreise Erklärungen zu dem deutschen Sicherheitsvorschlag ab.
Chamberlain betonte, er begrüße den neuen Schritt von Seiten der deutschen Regierung, der große Möglichkeiten für den Frieden und die Sicherheit der Welt haben und der Ausgangspunkt für eine wirksame Erholung in der europäischen Lage sein könne. Es sei zu früh, zu sagen, daß diese Vorschläge wirklich dazu führen würden oder nicht, aber es sei nicht zu früh, zu sagen, daß die britische Regierung ihnen die größte Bedeutung beimesse und beabsichtige, ihnen die ernsthafte Erwägung angedeihen zu lassen, in der Hoffnung, daß in diesem freiwilligen Schritt der deutschen Regierung ein Weg gefunden werden wird, der von der unglücklichen Vergangenheit wegführt zu einer besseren und freundlicheren Zukunft. Wenn dies vollbracht werden könne durch und mit Hilfe Englands, und wenn diese Hilfe erforderlich sei, um es zustande zu bringen, so werde sowohl die Hilfe als auch der gute Wille Englands nicht fehlen.
Während der Rede Chamberlains wurde das Mitglied der Arbeiterpartei Kirkwood aus dem Hause vertrieben, weil er Chamberlain unterbrach. Kirkwood weigerte sich, das Haus zu verlassen. Schließlich trat er es aber doch, und ihm folgte die gesamte Arbeiterpartei einschließlich Macdonalds und ein Teil der Liberalen.

Chamberlain und Szarynski in Paris.

Paris, 7. März. Chamberlain ist gestern nachmittag pünktlich 6,15 Uhr auf dem Pariser Nordbahnhof eingetroffen. Zu seiner Begrüßung waren der britische Botschafter und der Direktor der politischen Abteilung am Quai d'Orsay erschienen. Chamberlain lehnte jede Erklärung an die Pressevertreter ab und begab sich sofort im Auto nach der englischen Botschaft. Die Aussprache mit Herriot beginnt erst heute vormittag. Am Abend um 9,15 Uhr wird der britische Außenminister seine Reise nach Genf fortsetzen.

Paris, 7. März. Für den Augenblick ist die Aufmerksamkeit der politischen Kreise auf die heutigen Unterredungen des polnischen Außenministers mit den hiesigen Staatsmännern konzentriert. Besondere

Bedeutung mißt man einer Unterredung mit Herriot bei. Der polnische Außenminister soll dem französischen Ministerpräsidenten von den Einwendungen Polens gegen die deutschen Sicherheitsvorschläge Mitteilung gemacht haben, daß die von englischer Seite betonte Zweckmäßigkeit einer Verächtigung der westlichen Grenzen Polens die Warschauer Kreise mit wachsender Ungeduld erfülle. Weiter wurde die Danziger Frage zur Sprache gebracht.

Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 7. März. Wie der Lokalanzeiger erzählt, hat der Streik der Eisenbahnarbeiter auch auf den hiesigen Güterbahnhof übergegriffen. Von den 150 Güterbodenarbeitern haben 116 die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb wird durch Beamte aufrecht erhalten.

Berlin, 7. März. Die Morgenblätter melden aus Breslau: In der Nacht zum Freitag haben die Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes Ortsgruppe Breslau und Umgebung den Streik für Sonntag früh 6 Uhr für sämtliche Bahnbetriebswerke, Güterböden und Bahnunterhaltungen beschlossen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen.

Paris, 7. März. Gestern früh sind in Paris zwei deutsche juristische Sachverständige aus Berlin eingetroffen, die zusammen mit den Vertretern des französischen Wirtschaftsministeriums direkte Bestimmungen des deutsch-französischen Handelsprovisoriums bearbeiten werden. Eine erste Beratung fand bereits gestern nachmittag statt. Zur Erörterung gelangten die Fragen des Niederlassungsrechtes. Die Sachverständigen für Schifffahrt und andere Fragen werden Anfang kommender Woche erwartet. Erst dann wird zur Einsetzung von Unterkommissionen geschritten.

Erleichterungen im deutsch-dänischen Grenzverkehr.

Kopenhagen, 7. März. Gestern fand an der nordwestlichen Grenze eine deutsch-dänische Konferenz statt, auf der die deutsch-dänischen Grenzen von Vertretern der Polizei und Staatsbahn beider Länder besprochen wurden. Das Hauptergebnis dieser Verhandlungen ist, daß man wahrscheinlich schon vom Sommer ab mit einer großen Erleichterung im Grenzverkehr und einer Erweiterung des Fahrplanes rechnen kann.

Dänische Sparmaßnahmen im Rüstungswesen.

Kopenhagen, 7. März. Der Kriegsminister hat dem Finanzausschuß seinen Gesetzentwurf vorgelegt, der vorsieht, die diesjährigen Manöver einzustellen und dadurch 1,5 Millionen Kronen zu sparen. Außerdem will er durch Herabsetzung der Ausgaben für militärische Neuanschaffungen 6 Millionen Kronen sparen.

Präsidentenandidaten.

Von unterrichteter Seite wird uns zu der kommenden Präsidentenwahl geschrieben:
Nachdem sich die Erde über dem ersten Reichspräsidenten geschlossen hat, schließt der Kampf um die Nachfolge immer höher an. Es sind ja nur noch die Wochen bis zum Zeitpunkt der Wahl, also wird es bald allerhöchste Zeit, sich über die Kandidaten zu einigen, die nun jede Partei — oder fast jede Partei ausstellen will. „Wahl“ ist eigentlich ein bißchen viel gesagt, weil bei aller Parteien eigentlich nur Verlegenheitskandidaturen herauskommen werden.
Ganz links, bei den Kommunisten, ist die Sache ganz einfach, sie haben den Vorstehenden ihrer Reichstags-

fraktion, Herrn Thälmann aus Hamburg benannt, ostpreussischen Kandidaten. Anders liegt es schon bei der Sozialdemokratie. Ihr bester Mann ist der Reichstagspräsident Lohse. Er hat aber erklärt, daß er sich dem Amt nicht gewachsen fühle. Er ist darob vom Vorwärts offiziell schwer getadelt worden, hat sich aber wahrscheinlich durch seine Erklärung mündlich gemacht für den Fall, daß er sich später noch anders bestimmen sollte. Dann käme für die Sozialdemokraten noch in Betracht der frühere preussische Ministerpräsident Braun. Andere bekannte Leute haben wenig Aussicht und ein Außenstehender würde das Nennen schwerlich machen. Ein Entschluß soll noch gefaßt werden.
Das Zentrum soll bestimmen den früheren Reichstagskanzler Marx präsentieren wollen. Von einigen Politikern, die allerdings außerhalb des Zentrums stehen,

wird behauptet, die Benennung von Marx geschehe schon deshalb, um die preussische Krise einer Lösung zu führen zu können. Deswegen sei im Preussischen Landtage auch der Antrag gestellt worden, die Neuwahl des Ministerpräsidenten bis nach der Reichspräsidentenwahl zu vertagen. Der Antrag fiel beinahe einstimmig ab. Wird Marx aber im ersten, spätestens im zweiten Wahlgang der Kandidat der Weimarer Koalition — die Demokraten dürften kaum einen Kandidaten nominieren —, so hat Marx zweifellos starke Chancen, gewählt zu werden, weil rechnermäßig diese Parteienopposition eine Mehrheit ergeben könnte. Freilich wäre es denkbar, daß etwa im zweiten Wahlgang ein demokratischer Mann aufgestellt würde, gegen den auch die Rechte nichts einzuwenden hätte, weil er Verdienste aufzuweisen hätte, die von der Rechten anerkannt werden.

Auf der Rechten — also von Nationalsozialisten über Deutschnationale, Deutsche Volkspartei bis zur Wirtschaftspartei, parlamentarisch gesehen — ist ein Zusammenarbeiten in der Kandidaturfrage eingeleitet worden, bei dem der frühere Minister Voebell, der bekannte Wilsdruffer Wilsow und Vorsitzender des Reichsbürgerros, eine maßgebende Rolle spielte. Er hat aber nicht nur die Parteivertreter zusammengebracht, sondern auch den Zutritt der Führer der großen wirtschaftlichen und nationalen Organisationen herbeigeführt, um eine Aussprache zu veranlassen, die natürlich ganz unverbindlicher Natur ist. Dabei ist neben den reinen Parteimännern Dr. Schoitz und Dr. Heinze von der Volkspartei auch Dr. Jares, der frühere Reichsinnenminister, zum Vorschlag gebracht worden, aber auch Wallraf, der frühere Köfener Oberbürgermeister, spätere Staatssekretär des Innern unter Hertling, hat Aussichten, die mehr in der Persönlichkeit selbst als in seiner Stellung als zweiter Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei liegen.

Jedem ein Beschluß ist aber noch nicht gefaßt worden, weil ein solcher Vorschlag erst der Genehmigung mindestens der betreffenden Fraktionen unterliegt. Von einem Schlußsatz: Die Jares — die Marx, wie ihn ein Berliner Blatt ausbrachte, kann bisher jedenfalls noch nicht die Rede sein. Zu erwarten ist allerdings, daß die Rechte sich einigen wird. Fragt sich bloß, ob ihr Kandidat bei dem ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhält; nach den Stimmverhältnissen der letzten Reichspräsidentenwahlen würden die Dinge jedenfalls in der Schwebe sein.

Es wurde schon angedeutet, daß für den zweifellos wohl notwendigen zweiten Wahlgang vielleicht eine andere Konstellation eintritt, wenn etwa einer der beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen, bei der Neuwahl sich als nicht zugkräftig genug herausstellt. Die Kommunisten werden wieder ihren Mann wählen, die Weimarer Koalition wird sich dann offiziell wohl auf Marx einigen, für die Rechte dürfte dann die Wahl des zweiten Mannes wichtiger werden als die des ersten.

Deutscher Reichstag.

68. Sitzung. — Berlin, 6. März.
Präsident Lohse verlas bei Eröffnung der Sitzung Vorschläge, die aus Anlaß des Todes des Reichspräsidenten dem Reichstage zugegangen sind von den Parlamenten, von Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland, Dänemark, Schweden und den Landtagen von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Abg. Eißler (Komm.), daß der Reichstag sich sofort mit der Neuwahl des Reichspräsidenten und mit der Frage der

Stellvertretung des Reichspräsidenten beschlößt. Als der Redner erklärte, der verlorene Präsident Ebert hätte seine Macht ausschließlich für die Bourgeoisie eingesetzt, verließen viele Sozialdemokraten den Saal. Reichstagskanzler Dr. Lohse, fuhr der Redner fort, hätte auf dem Wege des kleinen Staatsrechtes eigenmächtig das Amt des verstorbenen Reichspräsidenten an sich gerissen. Der Reichstag dürfe das nicht dulden. Die kommunistische Fraktion verlangte die sofortige Beratung eines Gesetzentwurfes, wonach der Reichstag einen selbstverwaltenden Reichspräsidenten wählt. Präsident Lohse teilte mit, daß der Reichstag morgen sich mit der Frage beschäftigen werde, die mit der Stellvertretung und der Neuwahl zusammenhängen.

Abg. Behrendt (Zentrum) bestritt, daß der Reichstagskanzler mit der Übernahme der Stellvertretung die Befassung verleiht hätte. Zu den mit der Präsidentenstellvertretung zusammenhängenden Fragen wählten die Fraktionen erst Erteilung nachem. Der Redner erhob Einspruch gegen die sofortige Beratung des kommunistischen Antrages, der damit für die heutige Sitzung gefallen ist — Auf der Tagesordnung stand dann zuerst die erste Beratung des Gesetzentwurfes über Zuschlagierung von

Renten aus der Invalidenversicherung.
Abg. Karsten (Soz.) bezeichnete die in der Vorlage vorgesehene Steigerung der Renten als durchaus unzureichend. Sie betrage bei den Höchstrenten im günstigsten Falle nur 10 Mark monatlich. Abg. Andie (Ztr.) beantragte Überweisung der Vorlage an den sozialpolitischen Ausschuß. Abg. Hädel (Komm.) lehnte die Vorlage ab. Abg. Hegler (Dem.) beantragte gleichfalls die in der Vorlage vorgesehene Höhe als zu niedrig. Die Vorlage wurde dann dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Keine Reichstagsberatung.
Präsident Lohse erklärte darauf zu den auf Grund von Mitteilungen im Reichsrat erschienenen Pressemitteilungen von